Tiefgreifende Reformen erfordern Einsicht

Wenn aus Staatsdienern Volksvertreter werden

von Fritz Henke

Der Streit um Reformen zeigt eigentlich, wie wenig ausgearbeitet die Konzepte der einzelnen Parteien sind. So mancher Außenstehender mahnte zu tiefgreifenden Reformen. Was uns bisher als Reformen angeboten wurde, zeigt leider nur ein oberflächliches Korrigieren unserer überholten Systeme.
Etwas wirklich Neues habe ich bisher nicht erkennen können. Tiefgreifende Reformen sollten besser sein und andere Konzepte mit einbeziehen. Tiefgreifende Reformen erfordern Mut. Mut etwas auszuprobieren, was es noch nicht gab, was nicht vorher berechenbar ist, aber funktionieren kann.
Wäre es nicht wünschenswert, wenn zwischen unseren Politikern wie auch den in Deutschland lebenden Bürgern ein Miteinander entstehen könnte? In der Vergangenheit konnte ich nur eine Politik erleben, die den Wähler nicht wirklich einbezog.
So fehlt in Deutschland noch immer eine einheitliche Deutsche Verfassung. Vielleicht würden unsere Damen und Herren Politiker dann hören, was wir Bürger von ihnen wünschen. Volksnähe und Bürgernähe wären dann kein Fremdwort mehr.

Fangen wir einmal mit der Renten- und Krankenversicherung an. Unsere gesetzliche Krankenversicherung greift auf die Bismarcksche Sozialgesetzgebung von 1883 zurück. Mit der Reichsversicherungsordnung von 1911 wurden die Krankenversicherung, die Rentenversicherung wie auch die Unfallversicherung in ein System und zu einem einheitlichen Gesetzeswerk zusammengefasst. Obwohl es sich um eine Versicherung handelt, decke ich damit nicht mein persönliches Risiko ab. Das Risiko wird durch die Solidargemeinschaft gedeckt. Diese alten Systeme wurden teilweise über 120 Jahre lang verändert. Eine grundlegende Reform der Krankenversicherung, Unfallversicherung wie auch der Rentenversicherung sehe ich mittel- bis langfristig unter anderem in der Privatisierung der staatlichen Systeme. Dadurch würde ein Ausstieg aus dem Generationenvertrag erfolgen, der wegen des demografischen Wandels mehr als notwendig erscheint. Modelle kapitalgebundener Zusatzrenten sind die Riester- und die Rürup-Rente, die vom Staat gefördert werden.

Eine andere Variante wäre die freie Heilfürsorge und eine Pension für alle Bürger der BRD. Die freie Heilfürsorge ist die Krankenversicherung für Soldaten, Polizei-, Berufsfeuerwehr- und Bundesgrenzschutzbeamte. Doch hat das Wort Heilfürsorge eine ganz andere Aussagekraft als Krankenversicherung. Die Pension ist eine Altersversorgung, die an Beamte, Richter, und Soldaten, die das Pensionsalter erreicht haben, gezahlt wird. Die freie Heilfürsorge und die Pension sind rein steuerfinanzierte Modelle. Ohne einen Ausstieg aus dem Generationenvertrag dürfte es nicht möglich sein, die Rentenversicherung in ihrer jetzigen Form aufrechtzuerhalten. Es ist für junge Menschen sicherlich nicht motivierend, wenn Seitens unserer Staatsdiener aufgerechnet wird, wie viele Rentner sie in naher Zukunft versorgen sollen, ihnen selbst aber die Perspektive auf eine sichere Rente fehlt.

Unsere Krankenversicherung rechnet nach Symptombehandlung ab. Die aufwendige Diagnostik setzt schwerpunktmäßig auf die sogenannte Gerätemedizin, die mit Abstand die teuerste Form darstellt. Noch immer gibt der Gesetzgeber nach dem wissenschaftlichen Stand vor, was über die Krankenkasse abgerechnet werden darf. Ärzte, die sich mehr um den Menschen kümmern, dürfen alternative Möglichkeiten nicht über die Krankenkassen abrechnen. Heilpraktiker finden in der gesetzlichen Krankenversicherung keinen Platz. Doch der Mensch, der einen Heilpraktiker wählt, weil er von seiner Arbeit über-

zeugt ist und seine Therapie ihm hilft, verursacht der Krankenkasse weniger Kosten. Warum sollten nicht alternative Therapien, die Körper, Geist und Seele mit einbeziehen und nachweislich erfolgreich aber nicht beweisbar sind, die Kassenabrechnung erhalten. Eine tiefgreifende Reform wäre dann, den Schwerpunkt der Therapie auf die Ursache einer Erkrankung zu legen, um diese auszuheilen oder zu verändern.

So war der Gedanke einer staatlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung damals ein guter, denn in Deutschland wurde die Produktivität zu einem sehr hohen Teil durch die Arbeitskraft der Arbeiter geleistet. Schauen wir uns heute das Bild an, so wird die Produktivität in Deutschland zu einem großen Teil durch den Einsatz von Maschinen erwirtschaftet. Auch wenn Maschinen in einem gewissen Umfang neue Arbeitplätze schaffen, führt der Einsatz von Maschinen letztendlich zum Abbau von Arbeitsplätzen.

Ein Mensch, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, verliert oftmals auch die Achtung vor sich selbst. Viele seiner Freunde wenden sich ab und auch in der eigenen Familie gibt es Spannungen. So ein Mensch verliert seinen Selbstwert, den er wie die meisten Bürger, nicht nur unseres Landes, im Geldverdienen sieht. Er fühlt sich nutzlos und ausgestoßen. Leider fand so mancher Staatsdiener recht abwertende Bezeichnungen für Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. So kursierte das Wort der Nehmermentalität durch unsere Parteienlandschaft. Nun zeigen aber recht zeitnahe Ereignisse, dass gerade die Gruppe unserer Staatsdiener sich manchmal doch recht nahe steht beim Dienen wie auch beim Verdienen.

Auch wenn Deutschland Exportweltmeister ist, fehlt die Kaufkraft in unserem Land, um all die schönen Dinge, die angeboten werden, auch erwerben zu können. Schauen wir einmal zurück, als Deutschland zweigeteilt war. Die Bürger der DDR verfügten über sehr viel Kaufkraft gleich Ost Mark. Nur gab es keine begehrenswerten Produkte und so versuchten sie, ihre Ostmark in DM zu tauschen, um in den Westwarenhäusern (KDW) der DDR einzukaufen. Auch wenn sich Herr Steinbrück sehr darüber freut Schulden abzubauen, so sollte ein großer Anteil der Steuereinnahmen aus dem Export der Allgemeinheit unseres Landes zukommen, damit mittel- und langfristig Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben. Das kann nur geschehen, wenn in Deutschland der Konsum funktioniert.

Sollte man den Zahlen glauben schenken, so sind im Moment ca. 4 Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Ich würde es begrüßen, wenn zum Arbeitslosengeld wie auch zur Sozialhilfe in einem höheren Umfang als bisher dazuverdient werden darf, ohne dass der Zuverdienst gegen gerechnet wird. Die dadurch entstehende Kaufkraft bliebe dann in Deutschland und sichert Arbeitsplätze. In einem wesentlich kleineren Umfang funktioniert das auch durch Schwarzarbeit. Nur ist die Schwarzarbeit auch mit hohen Kosten kaum zu kontrollieren. Ein arbeitsloser Mensch ist kein Schmarotzer oder Krimineller, aber er kann dazu werden, wenn er die Perspektive verliert. Es ist daher überlebensnotwendig, dass sich Arbeit wieder lohnt.

Wenn Maschinen unseren Job machen, können wir ihnen dankbar sein, weil sie uns dienen. Im Moment dienen viele von uns noch der Maschine, die den Takt vorgibt und dies oftmals 24 Stunden am Tag. Nun weiß ich nicht, ob Mitarbeiter wirklich höhere Kosten verursachen als unsere Maschinen. Eine Maschine kostet Zinsen und Tilgung. Darüber hinaus verursacht sie Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten. Meiner Meinung nach könnte man darüber nachdenken, die Produktivität der Maschinen auf die sonst tätigen Mitarbeiter umzurechnen.

Als Maßstab fände ich es interessant, wenn keine Lohnsteuer mehr abgeführt wird, sondern nach dem erwirtschafteten Bruttosozialprodukt unserer Maschinen eine Maschinenbesteuerung erfolgt. Ich könnte mir vorstellen, dass Herr Steinbrück glänzende Augen bekäme, denn in guten Zeiten des Exportes wäre es eine wahnsinnige Einnahmequelle.
Doch sollte diese Quelle dazu dienen, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger zu finanzieren. So wäre es möglich, die Arbeitslosenversicherung zu schließen, welches zu einer Nettolohnerhöhung führen wird.

Nun möchte ich die Variante eines rein steuerfinanzierten Modells vorstellen, in dem allen Bürgern der BRD freie Heilfürsorge und eine Grundversorgung gewährt würde. In diesem System, welches ausschließlich aus der Mehrwertsteuer finanziert wird, liegt ein gewaltiger Vorteil. Alle im Land lebenden oder sich aufhaltenden Personen, das sind auch Besucher oder Touristen, zahlen in den gemeinnützigen Steuerpool ein. Die Abzüge für Krankenkassen, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung kämen zur Auszahlung und ließen unser Nettoeinkommen kräftig ansteigen. Doch auch die Arbeitgeber profitieren davon, weil sie ihren Anteil an der Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung nicht mehr abführen müssen. Ein neuer Spielraum für Lohnverhandlungen wäre geschaffen. Ich glaube, Diskussionen um einen Mindestlohn, auf den sich viele Arbeitnehmer zu freuen beginnen, wird es dann nicht mehr geben. Die erhöhte Kaufkraft führt wiederum zu Konsum im eigenen Land.

Wir sollten uns bewusst sein, dass sich unser Staatssystem bisher ausschließlich aus Steuern finanziert. Dienstwagen, Pendelflüge Bonn / Berlin, Umzüge wie auch Personenschutz von Politikern und Sicherheitsbeamten werden durch unsere Steuern finanziert. Auf Öl, Gas, Kaffee, Schaumweine und vieles andere mehr gibt es sogenannte Verbrauchssteuern, die zu einer Doppelbesteuerung führen. Es wird viel über Bürokratieabbau im Steuersystem diskutiert. Gäbe es langfristig nur noch eine Steuer, die Mehrwertsteuer, könnte die Steuererklärung auf einem Bierdeckel Platz finden und es wäre sicher noch Platz für ein paar Bierchen. Zurzeit denkt Herr Steinbrück darüber nach, den Vorsteuerabzug neu zu regeln, um betrügerische Machenschaften zu beenden. Hier mein Tipp: Der Unternehmer kauft seine Waren netto ein und verkauft seine Produkte netto an den Zwischenhandel. Der Zwischenhandel schlägt dann beim Endverbraucher die gesetzliche Mehrwertsteuer auf. Einfacher könnte das Steuersystem wirklich nicht sein.

Gehen wir einmal weiter zu den Kindern. In der Schaffung neuer Krippenplätze und dem Kombilohnmodell sehe ich erste Ansätze. Weitgreifend gedacht wäre es sinnvoll, Ehepaare, Paare und alleinerziehende Elternteile zu fördern. Viele ungewollte Schwangerschaften werden heute noch abgetrieben.

Denken wir noch viel weiter so, wäre es wünschenswert, die Problematik bei Ehescheidungen wie auch bei unehelichen Kindern in Bezug auf die Kinder völlig neu zu überdenken. Die Debatten über die Finanzierung mit wunderbaren Hochrechnungen in allen Ehren, doch geht es hierbei um ein Investieren in unsere Zukunft. Ich glaube, wir sollten Abstand nehmen vom materiellen Berechnen eines Menschen. Solange aus materiellen Gründen ein Kind abgetrieben wird, welches dringend fehlt, sollte wirklich darüber nachgedacht werden, andere Wege einzuschlagen. Gleiches gilt auch für Familien, die aus Angst vor einer Trennung kinderlos bleiben. Kinder sollten wieder ein Gemeinschaftsanliegen sein. Es wäre daher wünschenswert, die Versorgung der Kinder von alleinerziehenden Personen wie auch nach Ehescheidungen neu zu überdenken. Unsere Gesellschaft wie auch unsere Werte- und Moralvorstellungen haben sich gravierend verändert. Ehen halten immer seltener ein Leben lang und andere Formen des Miteinanderlebens sind entstanden. So kann ich mir auch eine übergeordnete Versorgungspflicht des Staates gegenüber den Kindern vorstellen.

Mehr CO2 einsparen durch hervorragende Produkte und Innovationen, die nicht eingesetzt werden. Denken wir mal an den Transrapid. Dieser Zug ist bei uns abgefahren und könnte vorzüglich dazu eingesetzt werden, die Großflughäfen innerhalb der Republik miteinander zu verbinden. Die Kurzstreckenflüge, so auch Bonn/Berlin und Retour würden sicherlich zu einem großen Teil eingestellt. Die CO2 Bilanz eines mit teilweise unter 20 Fluggästen bestückten Kurzstreckenjet brauche ich sicherlich nicht auszurechnen. Der Komfort und die Reisezeit wären zum Jet wettbewerbsfähig. Auch das Ein- und Auschecken mit Kontrollen entfällt.
Der Ausbau unserer Bundesautobahnen wegen des stark gewachsenen LKW Fernverkehrs wäre meines Erachtens ebenfalls zu überdenken. So könnte das marode Schienennetz, was größtenteils von Güterzügen genutzt wird, saniert und auf Hochgeschwindigkeits-Güterzüge umgestellt werden, die Frischprodukte und leichte Güter dann just in time schneller als der Brummi ans Ziel bringen. Beides wäre sicherlich ein weiterer Schritt, die CO2 Bilanz wie auch die Feinstaubbelastung in Deutschland drastisch zu senken. Wir in Deutschland haben die Möglichkeiten und nutzen sie nicht, weil eine ellenlange Diskussion über die Finanzierbarkeit entsteht.
So fährt der Transrapid erst einmal in China und vielleicht auch bald im Iran. Ein deutsches Patent, die Hybridtech-

nik, wird in Japan eingesetzt und erfolgreich vertrieben.

Extremismus, Krieg und Terrorismus hat Ursachen. Inzwischen wünschen sich einige unserer Staatsdiener die Durchsuchung der Privatsphäre, von Onlinedurchsuchungen ist die Rede. Doch wie kommt es zu Extremen und wie können sie verhindert werden?
Wäre es nicht sinnvoller, die Ursachen zu finden und sie zu verändern? Nehmen wir einmal als Beispiel Afghanistan. Ein amerikanischer Präsident gab den Befehl zum Kampf gegen den Terrorismus und schickte Truppen nach Afghanistan.
Das Ganze geriet schnell außer Kontrolle und so wurde nicht nur Europa mit einbezogen, gegen den Terror in Afghanistan zu kämpfen. Plötzlich gab es Anschläge in Ländern, die sich beteiligten. Spanien zog nach einem Terroranschlag im eigenen Land seine Truppen aus dem Irak ab und andere Staaten folgten. Wir bleiben in Afghanistan, wo gerade der Anbau von Rauschgift verhindert wurde und erstmals deutsche Soldaten starben. Und schon steht Deutschland im Fadenkreuz des Terrors und einige Staatsdiener haben nicht unbegründet Angst, denn sie wissen, was sie tun. Wenn ich jemanden lange genug auf die Füße trete, darf ich mich nicht wundern, wenn er zurückschlägt, oder? Vielleicht sollte ich mich fragen, warum Menschen zu Drogen greifen. Eine weitere Frage wäre: „Wie kann ich die Einfuhr von Drogen verhindern?“ Sind beide Fragen beantwortet, wird sich die Nachfrage und der Schmuggel von Rauschgift verringern und das ganz ohne Krieg.
Das wäre sicherlich etwas Neues, was wir lernen können. Manchmal frage ich mich, ob ich das, was ich von anderen erwarte oder verlange, selbst umsetzen würde. So müsste ich mich fragen, ob ich Menschen in den Krieg schicke, die mein Problem lösen sollen. Ich sollte mich aber auch fragen, ob ich in den Krieg ziehe, um mein Problem selbst zu lösen. Um ein Problem zu lösen braucht es keinen Krieg, sondern Einsicht. Kriegsspiele gehörten dann global wie auch am PC der Vergangenheit an. Ich weiß, es ist ein Weg und er sollte als Möglichkeit gesehen werden, sozusagen als Alternative zur Bombe. Wie Sie sehen, handelt es sich oftmals um Extreme, die sich in der Politik wie auch in der Wählerschaft und im Volk widerspiegeln.

So gab und gibt es zwei Lager, wenn es um die Nutzung der Atomenergie geht. Die einen halten am Atomausstieg fest, die anderen denken über längere Laufzeiten der AKWs nach. Bis heute werden Protestreaktionen kurzerhand durch ein Aufgebot an Polizei, der sogenannten Staatsgewalt, in Schach gehalten. Extreme erzeugen Angst und Angst drückt sich unter anderem in Widerstand aus und findet sich in Gewaltbereitschaft wieder. Widerstand wird auf der anderen Seite aber als eine Bedrohung gegen den Rechtsstaat gesehen und vom Rechtsstaat unterdrückt.

Ein anderes Beispiel, die Organspende. Bisher galt als Organspender, wer einen Spenderausweis besitzt. War dies nicht der Fall, konnte ein naher Verwandter die Zustimmung geben. Demnächst könnte jeder erst einmal ein Organspender sein, wenn er keine Verfügung bei sich trägt, die ausschließlich eine Organentnahme verweigert. Ich sehe dies als sehr bedenklich an.
So eine Verfügung kann schon einmal übersehen werden, wenn es schnell gehen muss. Sind nahe Verwandte nicht telefonisch zu erreichen, handelt es sich um einen potenziellen Organspender. Auch hier könnte von einer extremen Vorgehensweise gesprochen werden. Doch was hielt den gerade Verstorbenen zuvor am Leben. Wird nicht in allen Religionen von einem Weiterleben in geistiger Form gesprochen? Diese, seine letzte Reise sollte dem gerade Gestorbenen in Achtung, Wertschätzung und Dankbarkeit ermöglicht werden. Gerade nach Herztransplantationen kommt es oftmals zu starken Persönlichkeitsveränderungen beim Empfänger. Vielleicht gibt es doch so etwas wie ein Körperbewusstsein, welches mit den Organen verbunden ist. So könnte das Organ in einem anderen Körper weiterleben, weil es sich nach dem physischen Tod nicht wirklich vom Körper des Verstorbenen lösen konnte. Nur weil wir im Moment noch nicht im Stande sind, das zu messen oder zu benennen, sollte es nicht als unmöglich abgetan werden. So sehe ich, dass die Achtung vor dem Sterben und dem Tod zu Sterben beginnt und der

Mensch zu einer Kostennutzenrechnung verkommen ist und letztendlich ausgeschlachtet wird. Es ist an der Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen.

Doch auch Verbote können zu Extremen führen. Als Beispiel möchte ich unsere Vergangenheit im Deutschen Reich nennen. Eine wirkliche Vergangenheitsbewältigung des Holocaust kann ich nicht erkennen. Es scheint ein nicht geschriebenes Verbot zu geben, welches für alle Bürger der BRD gilt und selbst vor Politikern und der Pressefreiheit keinen Halt macht.
Die deutsche Vergangenheit wird niemals verloren gehen, doch sollten wir den Blick wieder nach vorne richten. Die dadurch entstehende Stärke würde dann dazu genutzt, wieder hinzuschauen und bei rechtsextremen ausländischen Gruppen deutsches

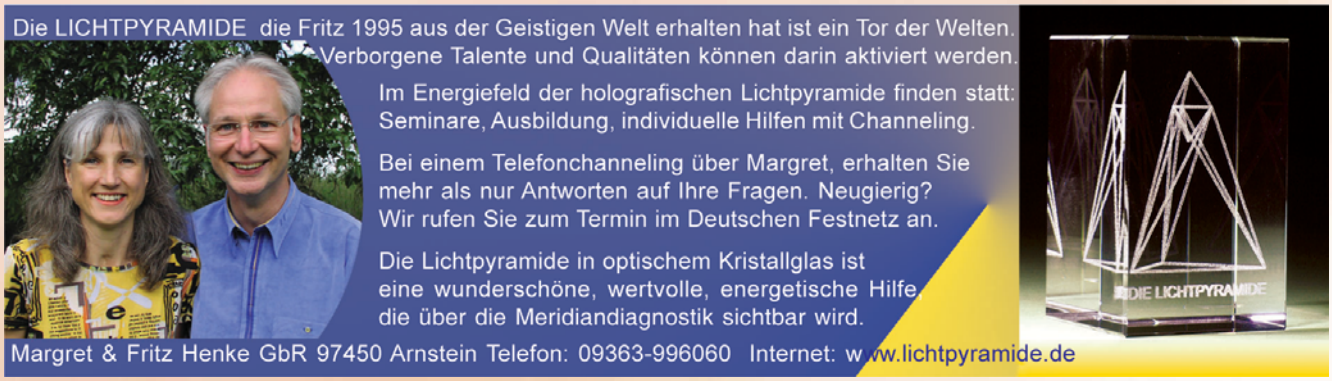
Recht anzuwenden. Zurzeit wird gerne weggeschaut, wenn ausländische Jugendliche, oftmals türkischer Abstammung, ältere Bürger der BRD bezüglich des Nationalsozialismus aufs Übelste beschimpfen. So entstehen Extreme, die sich auch in rechts - und linksextremen Parteien zeigen, die zum Teil schon vom Volk gewählt werden. Abstrakt gedacht klagt das Unternehmen Staat im Namen des Volkes an… Doch wen?

Ist es nicht erschreckend, dass es in erster Linie darum geht, ob sich etwas rechnet? Vor vielen Jahren stellte ich einem Steuerberater die Frage, was passieren würde, wenn die Menschen nicht nur Onlinebanking praktizieren, sondern sich auch gleich die Geldscheine selbst ausdrucken können? Die Antwort von einem Steuerberater war für mich verblüffend. Er sagte sinngemäß: „Es wird nicht funktionieren, weil alle Menschen konsumieren und niemand mehr die Regale im Supermarkt auffüllt." Meine nächste Frage lautete: „Was wäre, wenn es ab morgen weltweit kein Geld mehr gäbe?" Seine Antwort sinngemäß: „Es würde funktionieren, weil die Menschen das täten, was ihnen Freude bereitet, ohne darüber nachzudenken, ob es sich rechnet und sie davon leben können."

So fehlt es uns nicht an neuen Paragraphen und Gesetzten. Es braucht auch keine Zäune, Mauern und Videoüberwachung. Es fehlt an Einsicht und damit verbundenen Mut. Einsichtbeinhaltet, die Sicht des Anderen zu verstehen, durch seine Brille zu schauen und sein Bild zu betrachten. Erst dann ist es möglich zu erkennen, dass es sich um eine andere Sicht handelt und dass diese fremde Sicht, die von einem anderen Standpunkt aus betrachtet wird, auch richtig ist. Die Akzeptanz des Andersdenkenden führt zur Einsicht und zum Erkennen, dass zu der Situation ein jeder seinen Teil beigetragen hat. Gewalt zeigt die Aussichtslosigkeit einer verletzten Persönlichkeit. Gewalt hat niemals zu wirklichem Frieden geführt, weil sie einseitige Interessen verfolgt. Ein Miteinanderleben könnte Qualitäten entwickeln, von denen wir zum Teil noch sehr weit entfernt sind.

So brauchen Reformen Zeit, damit sie in jedem Einzelnen von uns reifen können. Unterschiedliche Meinungen sind dann keine Bedrohung sondern hilfreich, damit das Allerbeste entstehen kann. Und wenn sich dann ein Großteil der Bevölkerung von ihren Staatsdienern verstanden fühlt, so werden die Extreme schneller schwinden als sie sich aufgebaut haben. Aus Staatsdienern könnten dann Volksvertreter werden, die im Sinne und zum Wohle einer Gemeinschaft handeln. Auch hier könnte Deutschland eine Vorreiterposition einnehmen.

So könnte ich mir auch eine neue Regierungsform vorstellen, in der keine Partei mehr gewählt wird, sondern Minister und einen (eine) Kanzler(in) aus allen Parteien zu wählen sind. Dies hätte einen enormen Vorteil. Die Zusammenarbeit einer vom Volk gewählten Regierungsgruppe dürfte besser funktionieren, weil sie mehr im Sinne der Sache umsetzten wird. Minister, die nicht im Sinne der Bürger handeln, könnten vom Volk abgewählt werden. Eine gesunde Kontrolle untereinander würde ähnlich wie in einem Betrieb der freien Marktwirtschaft funktionieren.

Nun hat sich ja das Beamtentum nicht wirklich durchsetzen können und wurde in vielen Bereichen durch die Privatisierung aufgekündigt. Sollten wir etwa freie, unabhängige Volksvertreter bekommen? Es liegt an uns, ihnen zu sagen, was wir von ihnen wünschen. Schließlich haben sie kein Problem damit, uns zu sagen, was sie von uns erwarten. Ein gleichwertiges Geben und Nehmen könnte entstehen. Noch ist es eine Vision, in der niemand etwas verliert, sondern alle gewinnen können. Wäre es nicht etwas Wunderbares, wenn nach dem Öffnen der Grenzen innerhalb der EU auch ein Öffnen der Grenze zwischen den Regierenden und dem Volk geschieht?

Fritz Henke